



Kommunalwahlprogramm 2008 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

# **GRÜNE VERANTWORTUNG FÜR RENDSBURG-ECKERNFÖRDE**

**Das Wahlprogramm von BürgerInnen für BürgerInnen**

Am 25. Mai 2008 findet die Kommunalwahl statt, und ein neuer Kreistag wird gewählt. Der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tritt mit kompetenten Personen zur Wahl an.

## **Politik von BürgerInnen für BürgerInnen**

Wir wollen für Sie Ansprechpartner sein, Sie beraten und informieren. Wir hören genau zu und unterstützen Sie bei der Durchsetzung von berechtigten Interessen! Wir sind keine Vollzeit-Politprofis, sondern Menschen wie du und ich. Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind über die Kreisgeschäftsstelle (siehe Impressum auf der letzten Seite) erreichbar.

Die Schwerpunkte unserer GRÜNEN Politik heißen

- **Soziale Gerechtigkeit,**
- **Klima- und Umweltschutz** sowie
- **Familie und Kinder.**

## **Soziale Gerechtigkeit**

- Höhere Regelsätze für alle
- Arbeitslosigkeit abbauen
- Migrantinnen und Migranten unterstützen – Integration fördern
- Menschen mit Handicap gleichstellen
- Demographie gestalten
- Menschenwürdig pflegen
- Bürgerfreundliche Ämter sind selbstverständlich
- Rechtsextremismus bekämpfen
- Kreisfinanzen stabilisieren
- Private Verschuldung eindämmen

## **Klima- und Umweltschutz**

- Natur, Klima und Umwelt schützen
- Dem Kreis eine Vorbildfunktion geben
- Energie umweltfreundlich nutzen
- Verkehr steuern und entschleunigen
- Die Nordumfahrung von Rendsburg verhindern
- Kanalausbau gestalten
- Errichtung und Nutzung von Mobilfunksendeanlagen kontrollieren
- Umweltpädagogik fördern
- Flüsse und Seen im Kreisgebiet renaturieren
- Flächenverbrauch reduzieren
- Ländliche Räume stärken
- Den Kreis zur gentechnikfreien Region machen
- Kreisforste ökologisch bewirtschaften und nicht verkaufen
- Abfallpolitik weiterentwickeln

## **Familie und Kinder**

- Familienzentren schaffen
- Ganztagsbetreuung von Kleinkindern ermöglichen
- Ganztagschule für alle
- Schulbesuch muss kostenlos sein
- Ausbildungsplätze schaffen
- Freizeit gestalten: Unsere Jugend – unsere Zukunft
- Menschenwürdig leben
- Frauen- und Mädchenförderung sichern
- Gleiche Chancen für gleiche Liebe
- Sportangebote ausbauen
- Lebendige und vielfältige Kultur bewahren

## Soziale Gerechtigkeit

Grundlagen des Politikverständnisses der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Gleichstellung der Geschlechter, der Nationalitäten, der Menschen mit und ohne Behinderung sowie der Erhalt unserer Umwelt als natürliche Lebensgrundlage aus dem Verantwortungsgefühl gegenüber den folgenden Generationen. Allen Menschen muss Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in menschenwürdiger Weise ermöglicht werden.

Die Chancengleichheit von Frauen und Männern muss sich in allen Politikbereichen und in allen politischen Maßnahmen spiegeln.

### Höhere Regelsätze für alle

Wir wollen einen deutlich höheren **Regelsatz** beim ALG II, transparente Verfahren zur Bedarfsfeststellung und **höhere Freibeträge** für den Zuverdienst. Ein-Euro-Jobs sollen freiwillig und verlängerbar sein.

Es muss eine eigenständige **Kindergrundsicherung** geben. Es ist falsch (wie bisher praktiziert), den Bedarf eines Kindes am gekürzten Tagesbedarf eines Erwachsenen zu bemessen. Außerdem müssen Sachkosten wie Ranzen oder Schulausflüge zusätzlich bezahlt werden.

### Arbeitslosigkeit abbauen

Ökologisch orientierte Politik ist in der Lage, unser wichtigstes ökonomisches und gesellschaftliches Problem zu lösen: **Arbeitsplätze** zu **erhalten** und neue zu **schaffen**.

Die Verantwortung für die Arbeitsagenturen (ARGE) muss auf die Kommunen übergehen: Vor Ort soll es optimale Hilfe, Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote geben! Wir wollen eine gute und effektive Beratung der arbeitslosen Menschen.

Da nicht alle Menschen auf den Ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen **subventionierten Zweiten Arbeitsmarkt**. Insbesondere für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, aber auch anderer am Arbeitsmarkt benachteiligter Gruppen, sind öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse unabdingbar. Überflüssige Kontroll- und Sanktionsmechanismen sollen eingestellt werden.

## Migrantinnen und Migranten unterstützen – Integration fördern

Kommunalpolitisches Ziel ist die Integration von MigrantInnen sowie die Förderung des interkulturellen Austausches. Wir treten für die volle rechtliche Gleichstellung der Zugewanderten ein, die hier rechtmäßig und auf Dauer leben.

Integration muss so früh wie möglich einsetzen. Daher müssen die frühzeitige Teilnahme an Deutsch-Sprachkursen sowie der unbeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt gewährleistet werden. Bereits im Kindergarten muss interkulturelle Erziehung und Lernen beginnen. Der Übergang zur Schule muss nahtlos geschehen. Deshalb müssen entsprechende Beratungsstellen für MigrantInnen gefördert und nach Bedarf errichtet werden.

## Menschen mit Handicap gleichstellen

Solidarische und vielfältige Gesellschaft bedeutet für uns auch die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Menschen mit Handicaps. Zur Erreichung dieses Zieles müssen verschiedene Arten von Barrieren abgebaut werden. Der Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden muss für Menschen mit und ohne Handicaps gleichermaßen möglich sein. Informationen im öffentlichen Raum müssen für alle Menschen verständlich dargestellt werden. Auch muss die Gesellschaft sich dahingehend öffnen, dass das Zusammenleben mit Menschen mit Handicaps normal und alltäglich wird. Wir gehen davon aus, dass es „normal ist, verschieden zu sein“.

## Demographie gestalten

Im Jahre 2010 wird jeder dritte im Kreisgebiet lebende Mensch älter als 60 Jahre sein. Viele ältere Menschen wollen ihre Freizeit aktiv gestalten. Der **Dienstleistungssektor** für ältere Menschen muss ausgebaut werden (und schafft Arbeitsplätze). Der Kreis soll Initiativen für **nachhaltige** und **umweltverträgliche Tourismusangebote** für ältere Menschen fördern (Kuren, Wellness, Gesundheitszentren).

## Menschenwürdig pflegen

Um auf den demographisch bedingten raschen Anstieg der Zahl von Pflegebedürftigen rechtzeitig reagieren zu können, darf auf eine **Pflegebedarfsplanung** nicht verzichtet werden. Am ehesten den Bedürfnissen der Betroffenen entspre-

chend und gleichzeitig eine kostengünstige Möglichkeit bietet die Inanspruchnahme ambulanter Dienste, die ein Verbleiben der Betroffenen in ihrem gewohnten Wohnumfeld ermöglichen.

Trägerunabhängige **Pflegeberatungsstellen** sollten Betroffenen und deren Angehörigen alternative Möglichkeiten zum Heimaufenthalt aufzeigen, wie z. B. altersgerechte Wohngruppen, Senioren-Wohngemeinschaften und Projekte generationenübergreifenden Wohnens.

Darüber hinaus müssen die **Arbeitsbedingungen** in der professionellen, ehrenamtlichen und familiären Pflege entscheidend verbessert und der vorhandene Pflege- und Personalnotstand beseitigt werden. Effektive Kontrollmöglichkeiten müssen geschaffen werden.

Wir haben Verantwortung für unsere SeniorInnen. Deshalb müssen wir der Verletzung von Menschenrechten in der Pflege entgegenwirken.

## **Bürgerfreundliche Ämter sind selbstverständlich**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine grundlegende Reform der Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein. Wir wollen eine Neuverteilung der Aufgaben vom Kreis hin zu den Kommunen. Möglichst viele Aufgaben und Entscheidungen sollen näher bei den Menschen verankert, auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. In Zukunft sollen die Bürgerinnen und Bürger alle Angelegenheiten in ihrem Rathaus vor Ort erledigen können, vom Bauantrag über den Führerschein bis zur Abgabe der Steuererklärung. Dabei werden wir darauf achten, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht durch unüberschaubare Strukturen und zu lange Wege beeinträchtigt wird.

Die Kreisverwaltung soll die Erledigung ihrer Aufgaben schnell, unkompliziert, effektiv und Kosten sparend organisieren. Dazu zählen **familien- und arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten** sowie ein **Bürgerbüro**, d.h. eine zentrale Stelle für Bürgerinnen und Bürger für alle Anliegen. Das vermeidet unnötige Wege.

## **Rechtsextremismus bekämpfen**

Die Erziehung junger Menschen zu Toleranz und Demokratie ist nicht nur Aufgabe der Familie, sondern Pflicht der gesamten Gesellschaft. Wir wollen ein **gesellschaftliches Klima** schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden

entzieht und Rassismus und Antisemitismus ächtet. Dabei setzen wir auf den Dreiklang von Prävention, Intervention und Integration.

Wir wollen **Opferberatungsstellen** sowie den Aufbau und die Vernetzung von Vereinen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit finanziell fördern und außerdem rechtsextrem orientierte Jugendliche gezielt ansprechen, ihnen konkrete Angebote machen, um ihre Ausstiegsbereitschaft zu wecken (vor allem durch den Einsatz von Streetworkern).

## **Kreisfinanzen stabilisieren**

Die Finanzausstattung der Kommunen ist schon seit Jahren unzureichend und kann die notwendigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleisten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Weiterführung von Verwaltungsreform und Aufgabenkritik, um durch Haushaltskonsolidierung **finanzielle Spielräume für soziale und ökologische Projekte** zu eröffnen.

Neuverschuldungen sind nur für investive Maßnahmen vorzunehmen!

## **Private Verschuldung eindämmen**

Die Verschuldung der privaten Haushalte und von Jugendlichen nimmt seit Jahren immer mehr zu. Wir wollen unabhängige **Schuldnerberatungsstellen** unterstützen, um eine Trägervielfalt zu gewährleisten.

# **Klima- und Umweltschutz**

## **Natur, Klima und Umwelt schützen**

Der Grundsatz GRÜNER Politik lautet: „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.“ Natur-, Klima und Umweltschutz müssen stärker als bisher berücksichtigt werden, wenn auch künftige Generationen eine lebenswerte Umwelt vorfinden sollen. Jeder muss hierzu seinen Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, den Klima-, Natur- und Umweltschutz zu einem zentralen Orientierungspunkt von Kommunal- und Kreispolitik im Kreis Rendsburg-Eckernförde auszubauen.

## Dem Kreis eine Vorbildfunktion geben

Kreisverwaltung und die politischen Gremien wie Kreistag und Ausschüsse sollten als Vorbild dienen und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft informieren und unterstützen. Wir wollen, dass das **Agenda-21-Büro** (Umweltbüro des Kreises) wieder eingerichtet wird, um ökologisch verantwortungsbewussten Bürgern, Firmen und Gemeinden Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und bei der Umsetzung Hilfestellung geben zu können. Kreiseigene Liegenschaften sollen **regionale Produkte und Dienstleistungen** bevorzugt in Anspruch nehmen. Dadurch werden lange Transportwege vermieden und die heimische Wirtschaft und Landwirtschaft unterstützt. Um der globalen Verantwortung nachkommen zu können, müssen auch Produkte des fairen Handels beim Einkauf stärker berücksichtigt werden. Der Kreis sollte ebenfalls **Entwicklungspartnerschaften** zu Regionen der Dritten Welt aufbauen oder entsprechende Initiativen im Kreis unterstützen.

## Energie umweltfreundlich nutzen

Die Bedeutung des Klimaschutzes ist angesichts der Folgen des Klimawandels deutlich erkennbar geworden. Auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde muss eine **Energiewende** herbeigeführt werden, die von den „drei großen E“ bestimmt wird: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Durch die auf unsere Initiative hin eingerichtete **Energieleitstelle des Kreises**, die bei Energiefragen berät und Einsparungsinvestitionen managt, wurde der Ausstoß umweltschädlicher Klimagase reduziert und Einsparungen in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro erreicht. Dieses eingesparte Geld wurde zum großen Teil wieder in Energiesparprojekte investiert, um so weitere Einsparungen zu realisieren. Wir fordern daher die Ausweitung der Investitionen zur Energieeinsparung im öffentlichen Bereich. Die Beratung von privaten Haushalten und Betrieben muss verstärkt werden. Ökoaudits sollen in den kreiseigenen Bildungseinrichtungen und anderen öffentlichen Einrichtungen zur Regel werden.

Wir fordern eine verstärkte, **dezentrale Energieversorgung** im Kreis. Dadurch werden die Transportwege für Energie verkürzt und so der Energieverlust verringert. Zudem wird der Kreis von großen Energiekonzernen unabhängiger. Gleichzeitig muss aber gewährleistet sein, dass die so erzeugte Energie aus regenerativen Energiequellen wie Wind, Sonne oder Klärschlamm stammt. Eine Umwandlung von Nahrungsmitteln in Biogas oder Kraftstoffe darf nicht unterstützt

werden. Wir fordern, alle Möglichkeiten in/auf kreiseigenen Liegenschaften zu nutzen, um z. B. **Bürgersolaranlagen** zu errichten.

## **Verkehr steuern und entschleunigen**

Um dem Klimakollaps entgegenzuwirken, ist ein Umsteigen auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel unumgänglich. Deshalb setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Verkehrspolitik auf einen bedarfsgerechte Weiterentwicklung des ÖPNV und ein **gut ausgebautes Netz an Fuß- und Radwegen**, auch im ländlichen Bereich.

Wir fordern ein sinnvolles Verkehrskonzept für das gesamte Kreisgebiet. Zur Verbesserung der regionalen Verkehrsbedingungen gehört die Zusammenarbeit zwischen der Bahn AG und den örtlichen Busunternehmen. Die Verknüpfung von Bus und Bahn muss in allen Bereichen effizienter werden. Die Wiedereröffnung von Haltestellen des Schienenverkehrs im Kreisgebiet muss voranschreiten. Neben Felde-Brandsbek muss es zukünftig im Kreisgebiet weitere Haltestellen geben z. B. Kronshagen, Neuwittenbek, Schülldorf, Melsdorf und Bredenbek. Die **Mitnahme von Fahrrädern** im öffentlichen Nahverkehr sollte nicht nur von 9.00 bis 16.00 Uhr, sondern rund um die Uhr möglich und auch am Wochenende kostenlos sein. An allen Bahnhöfen sind Bike&Rail-Möglichkeiten zu schaffen.

Die spezifischen Mobilitätsbedürfnisse von Frauen, Kindern und Menschen mit Handicap sind im ÖPNV stärker zu berücksichtigen. Wir fordern die **Einrichtung einer Mobilitätszentrale**, die alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kreises über die günstigsten Verkehrsverbindungen im öffentlichen Personenverkehr berät.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau von Radwegen an Kreisstraßen ein, mit einer Mindestbreite von zwei Metern, so dass auch eine Möglichkeit zur Benutzung für Inline-Skater besteht. Ebenso sind wir für Tempo-30-Zonen innerörtlich. Unfallträchtige Kreuzungen sind in Kreisverkehre umzubauen. Wo möglich, sollen Verkehrsräume geschaffen werden, die eine **gleichberechtigte Teilnahme** aller VerkehrsteilnehmerInnen ermöglichen und so dazu beitragen, die Verkehrsteilnahme für alle sicherer zu gestalten.

## **Die Nordumfahrung von Rendsburg verhindern**

Die Nordumfahrung von Rendsburg konnte durch fachliches Wissen und durch die enge Zusammenarbeit mit dem BUND und dem Verein „Bürger für sinnvolle Verkehrsprojekte“ sowie der Bürgerinitiative ALBIN zunächst gestoppt werden. Diese Maßnahme (Verbindung zweier Gewerbegebiete für 12 Mio. Euro) darf

nicht umgesetzt werden, da andere Alternativen im öffentlichen Verkehr weiter entwickelt werden müssen, z. B. eine zusätzliche Kanalquerung, Ausbau und Flexibilisierung des ÖPNV, Einrichtung von Pendlerparkplätzen.

## **Kanalausbau gestalten**

Der Nord-Ostsee-Kanal ist unverzichtbar für den energiesparenden Transport von Massengütern. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) muss aber **umweltverträglich** erfolgen. Es ist nicht akzeptabel, dass dabei anfallendes Baggergut im Flemhuder See deponiert werden soll. Das Abtragen der zu begradigenden Kanalkurven und Böschungen muss die Belange des Natur- und Artenschutzes berücksichtigen. Wir fordern, dass geeignete Maßnahmen vorgenommen werden, um die Ausbreitung der Schiffsabgase zu verhindern (seegehende Schiffe verbrennen hochgiftiges schwefelhaltiges Schweröl).

Vielfach unterschätzt wird die Abstrahlung der Schiffe im Kanal: die Radarantennen strahlen im Bereich der hochliegenden Kanalböschungen direkt in bewohnte Bereiche. Dieser Zustand ist in der heutigen Zeit nicht hinnehmbar, da die meisten Radargeräte auf Fluss- und Kanalfahrt umgestellt werden können, wodurch eine seitliche Abstrahlung minimiert wird. Wir fordern daher eine Einflussnahme der Kreispolitik auf die Durchsetzung **strahlungsminimierender Maßnahmen im Kanalverkehr**.

## **Errichtung und Nutzung von Mobilfunksendeanlagen kontrollieren**

Die Bevölkerung muss optimal vor möglicherweise die Gesundheit belastender Strahlung geschützt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine **Bekanntmachung sämtlicher Mobilfunksendeanlagen** im Kreisgebiet und eine Begrenzung neuer Standorte auf unbedenkliche Bereiche. Diese Praxis wird in einigen bayrischen Gemeinden schon heute erfolgreich praktiziert.

## **Umweltpädagogik fördern**

Um der kommenden Generation ein Gefühl für ihre natürlichen Lebensgrundlagen und den Spaß des Naturerlebens zu vermitteln, wird Umweltpädagogik immer wichtiger. Denn nur was man kennt, kann man auch schützen. Dabei fängt Umweltpädagogik für uns direkt vor der Haustür an, denn hier machen Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene ihre Erfahrungen mit der Natur und den Naturelementen. Wir fordern eine **naturnahe Umgebung** und die schnelle

Erreichbarkeit von Grünflächen, wo getobt werden darf – auch für Stadtkinder. Weiterhin setzen wir uns für die **naturnahe Gestaltung von Schulhöfen** ein.

## **Flüsse und Seen im Kreisgebiet renaturieren**

Wir wollen, dass die Wasserrahmenrichtlinien der EU verstärkt im Kreis umgesetzt werden. Im Vordergrund stehen dabei die **Verringerung der Nährstoffeinträge** aus der Landwirtschaft und die verstärkte Errichtung von Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen). Entwässerten Niederungen wollen wir, so weit es möglich ist, ihre natürliche Regenrückhaltefunktion zurückgeben.

## **Flächenverbrauch reduzieren**

Aufgrund der strukturellen Schwächen innerhalb des Kreises haben in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vordergrund gestanden. Der Naturschutz ist aufgrund eines übermäßigen Flächenverbrauchs durch die Ausweisung neuer Siedlungs- oder Gewerbeflächen an den Rand gedrängt worden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass strengere Maßstäbe zur Aufhebung eines Schutzstatus zu Grunde gelegt werden und die Ausweisung neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen stärker als bisher ökologischen Ansprüchen genügt. Wir wollen unser Landschaftsbild durch Maßnahmen zur Erhaltung, Wiederherstellung und Entwicklung des Naturhaushaltes bewahren. Wir fordern die **konsequente und ordnungsgemäße Anwendung der Eingriffsregelung** bei Landschaftseingriffen.

## **Ländliche Räume stärken**

Ländliche Räume werden nur dann nicht veröden, wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft stärken und „ausgeräumte Landschaften“ verhindern. Wir wollen in ländlichen Gebieten die **Erwerbsmöglichkeiten umweltgerecht ausbauen** durch eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft und der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Auch der Ausbau des umweltverträglichen Tourismus muss unterstützt und eine Verbesserung der ländlichen Infrastruktur erreicht werden.

## **Den Kreis zur gentechnikfreien Region machen**

Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten und die Umwelt frei von gentechnisch veränderten Organismen halten. Wir fordern den Beitritt des Kreises zum

„Aktionsbündnis Gentechnikfreier Regionen“. Auf kreiseigenen Flächen wollen wir **keine Gentechnik zulassen**.

## **Kreisforste ökologisch bewirtschaften und nicht verkaufen**

Die Kreisforsten sind Rückzugsgebiet für viele Tier- und Pflanzenarten und ein wichtiger Naherholungsraum. Sie werden aber auch wirtschaftlich genutzt. Die wirtschaftliche Nutzung soll weiterhin nachhaltig geschehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Ausweitung der Waldflächen und die **Vernetzung von Biotopverbundsystemen** unterstützen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde soll sich mit seinen Kreisforsten der FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) anschließen, die eine **umweltgerechte, sozialverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Waldbehandlung** garantiert. Diesem weltweit gültigen Zertifikat sind in Schleswig-Holstein der Stadtwald Lübeck, die Kreisforsten Herzogtum Lauenburg und der Stadtwald Mölln bereits angeschlossen.

## **Abfallpolitik weiterentwickeln**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an der Devise „Vermeidung vor Verminderung vor Verwertung“ fest, wie es im Kreislaufwirtschaftsgesetz geschrieben steht. Unser Ziel ist eine **Wiederverwertung aller Abfallstoffe**. Die mechanisch-biologische Vorbehandlung von Restmüll ist ein richtiger Weg dorthin. Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz bietet die Möglichkeit, die Produktverantwortung der Abfallerzeuger hervorzuheben. Wir wollen, dass der Kreis in eigener Verantwortung begleitend, unterstützend und kooperativ die Nachhaltigkeit in der wirtschaftlichen Produktion einfordert. Wir treten für eine Abfallpolitik ein, die vorrangig eine Kooperations- und Verbundlösung der gesamten nördlichen Region Schleswig-Holsteins in der Abfallwirtschaft umfasst. Nur so ist der Abbau der teuren Überkapazitäten und die langfristige Sicherung innovativer und flexibler Entsorgungstechnologien effektiv und kostengünstig. Mülltourismus muss durch eine verantwortungsvolle Preispolitik vermieden werden.

## **Familie und Kinder**

Kinder und Familien brauchen im Kreis Rendsburg-Eckernförde eine gute Perspektive. Das Leben mit Kindern muss selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens sein. Land und Bund sind gefordert, ausreichende Finanzmittel für

Schulen und Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen. Wir wollen im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein attraktives und lebenswertes Umfeld für alle Familien, egal ob Ein- oder Patchwork-Familie, gleichgeschlechtliche Paare, Pflegeeltern, unverheiratete Partnerschaften oder klassische Ehen gestalten. Kinder dürfen nicht als Armutsrisiko gelten. Hierfür hat die Kreispolitik Sorge zu tragen! Kommunale Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen müssen dafür Sorge tragen, dass **alle Kinder eine gesunde, warme Mahlzeit** zu sozial verträglichen Preisen erhalten.

## **Familienzentren schaffen**

Die Ergebnisse der PISA-Studien zeigen, wie wichtig eine frühe Förderung von Kindern und Jugendlichen ist. Dabei geht es nicht ausschließlich um die Vermittlung klassischen Schulwissens. In einer neuen Kultur des Aufwachsens benötigen Kinder und Jugendliche ihre Freiräume. Ein Flächenkreis wie Rendsburg-Eckernförde muss allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, am öffentlichen Leben ihrem Alter entsprechend teilzunehmen und dieses mitzugestalten.

Dazu müssen **Familienzentren** aufgebaut werden, die eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung für Mütter und Väter bieten. Diese Zentren sollen Schnittstellen zwischen den Kindertageseinrichtungen und der zukünftigen Gemeinschaftsschule sein. Sie sollen eine **nachhaltige Schulentwicklung** unterstützen, Bildungschancen optimieren und nachteilige Lebensumstände verhindern. Unter einem Dach sollen Tagesmütter, Kindertagesstätte, Schwangerschaftsberatung, nachgeburtliche Betreuungsangebote, Angebote für die kindliche Frühförderung, eine Gesundheitsberatung inkl. Vorsorgeuntersuchungen und Jugendzentrum vorhanden sein.

Die örtliche Wirtschaft, Vereine und Interessenverbände, Beratungsstellen und Selbsthilfeorganisationen sowie die freien Träger sollten in ihrem fachlichen Wissen die Zentren unterstützen. Wir erhoffen uns durch dieses niedrigschwellige Angebot eine Effektivitätssteigerung der **familienbegleitenden Hilfen**. Durch eine enge Verzahnung von Interventionen der Krankenkassen, Sozial- und Jugendhilfe erwarten wir eine deutliche Kostensenkung. Freie und gemeinnützige Träger, freiwillige Sponsoren und Ehrenamtliche sollten Angebote in den Schulen mitgestalten. Dies würde zu einer Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer führen und dennoch das pädagogische Angebotsspektrum erweitern.

## Ganztagsbetreuung von Kleinkindern ermöglichen

Wir fordern, dass alle Eltern, sobald sie es wünschen, nach der Geburt ihres Kindes wieder in das Berufsleben zurückkehren können. Daher fordern wir, dass für Kinder aller Altersstufen **Betreuungsplätze in ausreichender Zahl** in Kindertagesstätten und Kinderhorten geschaffen werden, die **bedarfsgerechte Betreuungszeiten zu bezahlbaren Preisen** anbieten.

## Ganztagschulen für alle

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen bis zum ersten Bildungsabschluss eine gemeinsame Schule besuchen. Die Schulen im Kreisgebiet sollen sich zumindest mittelfristig zu gebundenen Ganztagschulen entwickeln, die gesundes Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und AG-Angebote in den Unterrichtstag integrieren. Gemeinsames Lernen bis zur 9. Klasse soll der Regelfall sein.

## Schulbesuch muss kostenlos sein

Für viele Familien gerade im ländlichen Raum vergrößert sich die Belastung für Bildung. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass der Abschluss mit Abitur unwahrscheinlicher wird, je weiter Kinder vom Schulstandort entfernt wohnen.

Wie Schulbücher und Lehrmittel sollte Schülerbeförderung für die Eltern kostenfrei sein, das schließt den Besuch der dänischen und der Waldorfschulen mit ein. Eine moderate Kostenbeteiligung für die Nutzung der Schülerkarten als Netzkarten, auch während der schulfreien Zeit, halten wir für vertretbar.

## Ausbildungsplätze schaffen

Während die Wirtschaft wächst und es den Unternehmen an Fachkräften mangelt, suchen andererseits viele Jugendliche vergeblich nach Ausbildungsplätzen, so auch hier im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Eines der wichtigsten Ziele der Arbeitsmarktpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist daher die **Sicherstellung der Erstausbildung für alle Jugendlichen**. Wir wollen, dass alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit oder ohne Abschluss gemäß ihren Fähigkeiten und Neigungen einen Ausbildungsplatz oder eine weiterführende Schulausbildung erhalten bzw. in eine berufsvorbereitende Maßnahme aufgenommen werden. Dafür brauchen wir gemeinsame Aktionen von Schulen, Jobcentern, Sozial-

ämtern, der Wirtschaft sowie Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen der Arbeitsagenturen. Die Defizite im Bildungsbereich müssen in **Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule** beseitigt werden. Für lernschwache und benachteiligte Jugendliche müssen individuelle Qualifikationsmaßnahmen angeboten werden. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass Ausbildungsvergütungen nach dem jeweiligen Tarifvertrag gezahlt werden.

## **Freizeit gestalten: Unsere Jugend – unsere Zukunft**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine **bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung der Jugendeinrichtungen** und -treffs ein. Neue und mobile Einrichtungen, die im Kreisgebiet Räume für selbst verwaltete Jugendarbeit (auch in Zusammenarbeit mit Elterngruppen) für Cliques, Initiativen und informelle Gruppen bieten, sind zu fördern. Eine weitere Einbeziehung des Kreisjugendringes und seiner Mitgliedsverbände in die Angebotsplanungen und die verstärkte **Kooperation zwischen Jugendhilfe, Vereinen, Verbänden und Schulen**, die in längerfristigen vertraglichen Vereinbarungen mündet, ist nötig. Eine intensivere Nutzung von Schulräumen auch für Freizeitangebote und die Öffnung von Schulhöfen, Kita-Spielflächen und Außenbereichen von Jugendfreizeitstätten sollte Standard werden.

Für Kinder und Jugendliche, die Unterstützung benötigen, sollen auch weiterhin entsprechende **Beratungsangebote und Hilfen** wohnortnah zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen hier entsprechende Hilfen nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ anbieten (siehe Familienzentren).

In der Vergangenheit wurde das Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche ausgebaut. Dabei wurde auf eine Vielfalt pädagogischer Angebote durch unterschiedliche Träger Wert gelegt.

Maßnahmen können nur dann wirkungsvoll sein, wenn sich die Betroffenen und ihr Umfeld beteiligen können. Selbsthilfe, Übernahme von Verantwortung für sich und das eigene Umfeld sowie die Entwicklung von Lösungsmodellen für Kinder und Jugendliche durch die Bürgerinnen und Bürger müssen stärker unterstützt werden. Diese Aufgaben müssen gebündelt werden (siehe Familienzentren). Wir fordern deshalb eine daran orientierte Bedarfsplanung, eine kleinräumige, sozialraumbezogene Jugendhilfeplanung, leicht zugängliche Informationen über Bürgerbeteiligungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, die weitere Vernetzung der verschiedenen öffentlichen und gemeinnützigen Dienste und eine altersgerechte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozes-

sen. Das **Jugendparlament** ist mit Etat auszustatten. Es soll regelmäßig tagen. Die Beschlüsse müssen Eingang in die Kreispolitik finden.

### **Frauen- und Mädchenförderung sichern**

In diesem Bereich muss für die Institutionen und freien Träger Planungssicherheit gewährleistet sein. Viele freie Träger übernehmen nach dem Prinzip der Subsidiarität kommunale Aufgaben. Sie stecken Jahr für Jahr viel Zeit und Kraft in den Kampf für ihre Zuschüsse, die nur für jeweils ein Haushaltsjahr beschlossen werden. Diese Zeit und Kraft fehlt für ihre eigentliche Arbeit. Deswegen fordern wir die **finanzielle Absicherung auch freier Träger über mehr als ein Haushaltsjahr**. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Investitionen direkt den betroffenen Menschen zugute kommen und nicht den Institutionen. Die betroffenen Menschen müssen die Chance erhalten, ihre eigene Zukunft aktiv zu gestalten, und darin müssen sie unterstützt und begleitet werden.

### **Gleiche Chancen für gleiche Liebe**

Der Einsatz für Rechte von Schwulen und Lesben, bisexueller und transsexueller Menschen ist selbstverständlicher Bestandteil der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In Kooperation mit Fachverbänden und Initiativen, die in diesem Bereich tätig sind, werden wir kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten ausweiten, um den Erscheinungsformen von Diskriminierung entgegenzuwirken und die Gleichstellung aller Menschen in unserer Gesellschaft weiter voranzutreiben.

### **Sportangebote ausbauen**

Die große gesellschaftliche Bedeutung des Sports ist unbestritten. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass insbesondere der Breiten- und Freizeitsport unverzichtbarer Teil familienfreundlicher Politik und Freizeitgestaltung ist. Deshalb unterstützen wir die Förderung eines vielfältigen Sportangebots, von dem sich alle Bevölkerungsgruppen angesprochen fühlen.

### **Lebendige und vielfältige Kultur bewahren**

Die Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN basiert auf der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie der Gleichwertigkeit traditioneller, „klassischer“ Kulturinstitutionen und freier Projekte. Da öffentliche Gelder nur in geringem Umfang zur Verfügung

stehen, müssen diese umso zielgerichteter eingesetzt werden, um dem umfangreichen Anspruch gerecht zu werden. Wir wollen, dass der Kreis einen Katalog beschließt, der die Ziele kultureller Förderung beschreibt. Die Schwerpunkte sollen in der kulturellen Bildung, in der Ermöglichung innovativer Kunstprojekte und dem niedrigschwelligen Zugang für gesellschaftliche Minderheiten liegen.

Da kulturelle Angebote ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor sind, muss Kulturförderung auch als Standortförderung verstanden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher die **verstärkte Förderung kultureller Angebote** im Rahmen der aktiven Wirtschaftsförderung. Hierfür sollte ebenfalls ein entsprechender Förderkatalog entwickelt werden, in dem die Förderfähigkeit von kulturellen Projekten definiert wird. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises soll mit der Abwicklung betraut werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Sicherung des Betriebs und der Innovationsfähigkeit der Kultureinrichtungen mit Kreisbeteiligung, also des Landestheaters, des Nordkollegs Rendsburg und der Musikschule Rendsburg.

Die Kreiskulturstiftung muss als Instrument für die Förderung einzelner kultureller Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsreihen gestärkt werden. Dies erfordert eine verstärkte Einwerbung von Zustiftungen, um das Grundkapital der Stiftung konsequent zu erhöhen. Die Kreiskulturstiftung muss ihre Förderziele definieren, transparent arbeiten und mit einem kompetenten Entscheidungsgremium ausgestattet werden.

Kultur muss nicht nur viele erreichen, sondern Kultur muss auch erreichbar sein. Deshalb sollte die **gute Erreichbarkeit kultureller Veranstaltungen** und Einrichtungen im Rahmen der Neugestaltung des ÖPNV im Kreisgebiet unbedingt berücksichtigt werden.

Impressum:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Geschäftsstelle:  
Boskamp 31, 24214 Gettorf  
Tel. 04346-6011931  
Fax 04346-410928

Internet: [www.gruene-rendsborg-eckernfoerde.de](http://www.gruene-rendsborg-eckernfoerde.de)  
E-Mail: [kv.rendsborg-eckernfoerde@gruene.de](mailto:kv.rendsborg-eckernfoerde@gruene.de)

V.i.S.d.P.: Meike Roggenkamp

